



WAS DER POLITISCHE HERBST BRINGT – UND WAS NOCH FEHLT



To-Do-Liste für
den Standort
Österreich



Seite 7



EU-MERCOSUR

Eine Partnerschaft als Motor
für Wachstum

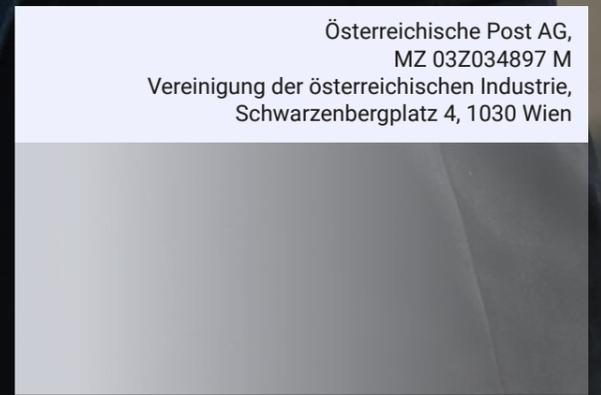
Seite 2



NIEDERÖSTERREICH

IV-Chefökonom Helmenstein im
Interview

Seite 10



Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

SECURITY & DEFENCE INDUSTRY

Investitionen stärken Europas
Industrie

Seite 4

EU-Mercosur: Motor für Wachstum

Das Mercosur-Abkommen ist nach zähen Verhandlungen endlich auf der Zielgeraden. Was es bringt – und wie es nun weitergeht.

Nach mehr als 25 Jahren zäher Verhandlungen steht das EU-Mercosur-Abkommen nun kurz vor dem Ziel. Mit der Freigabe des Vertragstexts durch die EU-Kommission ist ein weiterer entscheidender Schritt getan. Jetzt gilt es, den EU-Ratifikationsprozess rasch positiv abzuschließen und das Abkommen umzusetzen.

Gerade angesichts der derzeitigen Wirtschaftslage in Österreich sind Handelsabkommen ein wichtiger Konjunkturimpuls für die heimische Wirtschaft. Bereits heute sichern EU-Exporte nach Mercosur 32.000 Arbeitsplätze in Österreich. Zudem braucht es gerade jetzt (auch aufgrund der anhaltend erratischen US-Handelspolitik und des steigenden Protektionismus) regelbasierten Handel mit verlässlichen Partnern weltweit.

Was bringt das Mercosur-Abkommen?

Zum einen werden 91 Prozent der Zölle für EU-Exporte nach Mercosur (die etwa für Autos aktuell bei 35 Prozent oder für Maschinen bei bis zu 20 Prozent liegen) schrittweise abgebaut. Laut EU-Kommission könnte die vollständige Umsetzung eine Zollersparnis für europäische Exporteure in der Höhe von vier Milliarden Euro jährlich bewirken.

Darüber hinaus wird durch das Abkommen der Zugang zum öffentlichen

Beschaffungsmarkt in den Mercosur-Staaten für europäische Exporteure verbessert und der Zugang zu für die grüne Transformation wesentlichen Rohstoffen erleichtert; auch technische Verfahren und regulatorische Hürden werden vereinfacht.

Außerdem bleiben die europäischen und österreichischen Standards im Sozial-, Umwelt- und Lebensmittelbereich unberührt und vollständig erhalten. Beide Parteien verpflichten sich auch zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens.

Wie geht es weiter?

Es liegt nun an den EU-Mitgliedsstaaten sowie in weiterer Folge am EU-Parlament, grünes Licht zu geben, sodass das Handelsabkommen in Kraft treten kann. Damit schlussendlich das gesamte Abkommen in vollem Umfang Gültigkeit erlangen kann, benötigt der zweite Teil des Abkommens, welcher mehrere Bereiche der politischen Zusammenarbeit umfasst, zusätzlich eine Annahme der nationalen Parlamente aller EU-Mitgliedsstaaten.



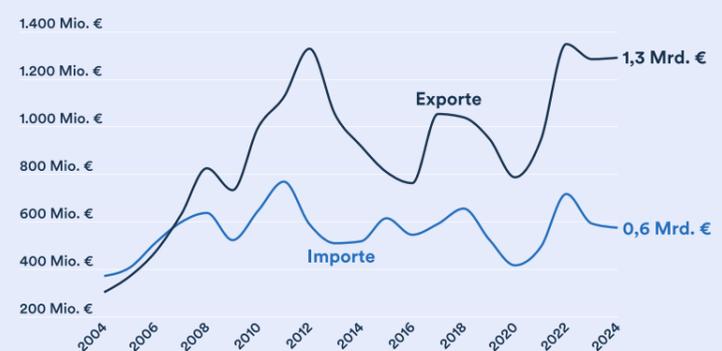
WEBTIPP

Alle Infos finden Sie unter:
www.iv.at



Österreichs Handel mit den Mercosur-Staaten

Entwicklung der Importe und Exporte zwischen Österreich und den Mercosur-Staaten, in Euro



Quelle: Statistik Austria
Anmerkung: Mercosur-Staaten sind Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay und Bolivien.

EU-USA-Deal: Das gilt für Exporteure

Weiterhin prägen große Unsicherheiten die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen. Ein Überblick, was nun für die einzelnen Sektoren vereinbart wurde.

Die EU-Kommission hat mit der US-Regierung eine politische Einigung im Handelskonflikt erzielt und nun in einer gemeinsamen Erklärung verschriftlicht. Das Ziel, durch diese EU-US-Vereinbarung eine weitere Eskalation zu verhindern, ist grundsätzlich positiv.

Jedoch ist diese Vereinbarung rechtlich nicht bindend und viele zentrale Fragen in Bezug auf die Umsetzung sind weiterhin unbeantwortet. Auch nach der erfolgten Einigung bleiben die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen von großen Unsicherheiten geprägt.

Was gilt nun aktuell für europäische Exporteure?

Grundsätzlich wird für einen Großteil der europäischen Waren ein US-Einfuhrzoll von insgesamt 15 Prozent eingehoben. Sollten geltende WTO-Zollsätze der USA (das heißt: ohne die zwischenzeitlich verhängten und bisher gültigen Zusatzzölle von zehn Prozent) für gewisse EU-Waren diese 15 Prozent übersteigen, dann gilt der jeweils höhere Zoll. Jedenfalls sind diese Zölle weiterhin äußerst kritisch.

FAHRZEUGE UND FAHRZEUGTEILE



Der aktuell bestehende Zollsatz von 27,5 Prozent (2,5 Prozent + 25 Prozent Zusatzzoll) soll durch den neuen Zoll von insgesamt 15 Prozent ersetzt werden. Allerdings ist dies an die Einhaltung der EU-Zusage hinsichtlich des Zollabbaus auf industrielle Güter aus den USA gebunden. Ein entsprechender Verordnungsvorschlag seitens der EU-Kommission liegt vor. Es gilt nun abzuwarten, ob die USA die Zusage ihrerseits einhalten.

STAHL UND ALUMINIUM



Dieser Bereich ist nicht in der Vereinbarung enthalten. Das bedeutet, dass der aktuelle US-Zollsatz von 50 Prozent, welcher auch Waren mit einem Stahl- und Aluminiumanteil umfasst, weiterhin gültig ist. Hier braucht es dringend eine nachhaltige Lösung.

PHARMAZEUTIKA, HALBLEITER, HOLZ



Nach Abschluss der laufenden „Section 232“-Untersuchungen in diesen Sektoren sowie der Einführung weiterer US-Zölle darf der Zollsatz für EU-Waren in jenen Bereichen 15 Prozent nicht übersteigen.

AUSNAHMEN



Bestimmte Warengruppen, darunter Flugzeuge und Flugzeugteile, gewisse Chemikalien sowie bestimmte Rohstoffe sollen gänzlich von US-Zusatzzöllen ausgenommen sein. Das bedeutet, dass zukünftig in diesen Bereichen lediglich der WTO-Zollsatz greift.

EU-Zusagen und weitere Details

Ebenfalls enthalten sind Investitionszusagen von der EU in Höhe von 600 Mrd. Dollar sowie mehr Beschaffung von u. a. US-LNG und -Öl in Höhe von 750 Mrd. Dollar bis Ende 2028. Außerdem hat die

EU den Kauf von US-KI-Chips im Wert von 40 Mrd. Dollar zugesagt. Darüber hinaus einigten sich beide Seiten auf den Abbau nicht tarifärer Handelshemmnisse sowie Kooperationen unter anderem im Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit.

Europa muss seine Hausaufgaben machen

Neben zentralen offenen Fragen hinsichtlich der Umsetzung wird auch der konkrete Ausgang des laufenden Gerichtsverfahrens über die Kompetenz des US-Präsidenten, in dieser Art und Weise Zollpolitik zu betreiben, den weiteren Weg der EU-US-Vereinbarung beeinflussen. Außerdem werden auch weitere Vereinbarungen der USA mit anderen Partnern eine Rolle spielen.

Die aktuelle Lage zeigt deutlich: Europa muss seine Hausaufgaben machen und Abhängigkeiten minimieren. Dies betrifft die Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit und eine Vertiefung des Binnenmarkts sowie die Diversifizierung der europäischen Handelspartner. Allen voran bedeutet das die Umsetzung des vorliegenden Mercosur-Abkommens.

Wir brauchen ein deutliches Startsignal für die Erholung!

Es ist gut, dass die Regierung die Wirtschaft nun ernsthaft in den Mittelpunkt rückt, bevor der Frust über die Standortbedingungen noch drastischere Folgen hat. Das Startsignal für den Aufschwung muss aber noch mutiger und deutlicher ausfallen.



Man kann der Bundesregierung nicht mehr vorwerfen, dass sie kein Problembewusstsein hätte: Die konjunkturelle Lage und die schwierige Situation der Industrie bestimmen Klausuren, Ministerräte und Medienauftritte. Allein die Antworten, die die politischen Akteure auf die mittlerweile gravierenden Probleme haben, sind noch zu leise und zu mutlos – hier muss deutlich mehr gehen. Wer meint, dass die Situation noch nicht schlimm genug ist, um zum Handeln zu zwingen, irrt.

Der „Aufschwung“, den manche am Horizont erkennen wollen, ist eine hauchdünne Verbesserung der Wirtschaftsleistung vom zweiten zum dritten Quartal – im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist die Wirtschaft erneut etwas geschrumpft. Wir gehören

nach wie vor zu den wenigen Low-Performern in Europa. Gleichzeitig zeigt eine aktuelle Horváth-Studie, dass bereits die Hälfte der Investitionen großer heimischer Industrieunternehmen ins Ausland fließt. Der Frust über die Standortbedingungen in Österreich ist groß, heißt es in der Studie – wer in diesem Land unterwegs ist, kann dies nur unterstreichen!

Es ist gut, dass die Regierung erste dringend benötigte Maßnahmen setzt. Die Strompreiskompensation (SAG) – übrigens keine (!) Förderung – war überfällig und hilft der energieintensiven Industrie, zumindest die größten Wettbewerbsnachteile aufgrund hoher Energiekosten im Vergleich zu Mitbewerbern aus anderen europäischen Ländern auszugleichen. Der Standortfonds wird junge Innovationstreiber in ihrer Wachstumsphase

unterstützen. Und auch die Verdoppelung des Investitionsfreibetrags ist ein guter Schritt, doch mit einem Deckel von einer Million Euro zeigt sich: Die Schritte müssten viel größer sein. Die Investitionserfordernisse der Industrie hätten weitreichendere Maßnahmen gebraucht.

Dass die Koalition die Wirtschaft nun ernsthaft in den Mittelpunkt rückt, ist richtig. Jede Maßnahme, die eher Symbolcharakter hat, jede Strategie, die geschmiedet, aber dann nicht ambitioniert umgesetzt wird, und jeder Gipfel ohne greifbare Ergebnisse werden die Unsicherheiten jedoch eher schüren, als sie zu lösen. Solange die fehlenden strukturellen (!) Reformen in den Bereichen Pensionen, Gesundheit, Sozialsystem und Bildung das Budgetloch immer größer werden lassen, fließen Milliarden dorthin, wo sie keine Wirksamkeit

über den Status quo hinaus haben. Das Geld fehlt dann an anderer Stelle, um Unternehmen zu entlasten, Investitionen anzuschieben, in die Zukunft zu investieren und uns damit endlich nachhaltig aus der fatalen Wirtschaftsflaute zu befreien. Wir haben in diesem Land ein Strukturproblem, das den möglichen konjunkturellen Aufschwung verhindert bzw. massiv dämpft. Die ersten Schritte im Sofortpaket der Regierung haben ein wenig Glaubwürdigkeit zurückgebracht – jetzt warten die Unternehmen auf ein wirkliches Startsignal, das Vertrauen in den Standort zurückbringen kann.

Ihr

 Christoph Neumayer
 (IV-Generalsekretär)

Grafik des Monats

Im August 2025 stieg der Bank-Austria-Produktionsindex auf 52,5 Punkte und signalisierte damit erstmals seit knapp drei Jahren eine deutliche Ausweitung der Produktionsleistung in der österreichischen Industrie. Auch die Produktionserwartungen für die kommenden zwölf Monate waren mit 57,1 Punkten klar

positiv. Die weiterhin rückläufige Auftragsentwicklung deutet aber auf eine gedämpfte Wachstumsdynamik hin. Der starke Abbau von Vormateriallagern sowie das anhaltend hohe Tempo beim Personalabbau zeigen, dass die Unsicherheit aufgrund von US-Zöllen und geopolitischen Risiken nach wie vor groß ist.

Industrieproduktion nimmt erstmals seit drei Jahren zu
 Veränderung des Produktionsindex EMI in Punkten



Quelle:
 UniCredit Bank Austria

Zahl des Monats

175.609 US-Dollar

investierte Österreich 2021 kaufkraftbereinigt in die Bildung jedes Schülers im Alter von sechs bis 15 Jahren. Innerhalb der OECD verzeichnete nur Norwegen mit 180.367 US-Dollar höhere Ausgaben. Trotz dieser hohen Kosten bleiben die Bildungsergebnisse in Österreich vergleichsweise durchschnittlich – beim PISA-Test 2022 erreichte Österreich im Bereich Mathematik lediglich den elften Platz unter den 38 OECD-Ländern.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
 Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister-Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen; industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte.
 Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Sarah D'Agostino.

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 × jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV, BG BRG BORG Oberpullendorf, IV Kärnten, IV Niederösterreich, Max Mayrhofer, IV Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark, IV Tirol, IV, I. Schieder, Studio Fasching, ORF, Lukas Beck

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Kommission zur Weiterentwicklung des Wehrdiensts gestartet

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner hat eine Wehrdienstkommission eingesetzt. Ziel ist, die volle Einsatzbereitschaft des Bundesheers für alle Aufgaben rasch wiederherzustellen.

Unter dem Vorsitz von Milizbeauftragtem Generalmajor Erwin Hameseder und Walter Feichtinger beraten in der neu eingesetzten Wehrdienstkommission 23 Experten über die Weiterentwicklung von Wehr- und Zivildienst sowie die Stärkung der Miliz. Den offiziellen Startschuss gab Verteidigungsministerin Klaudia Tanner, die Kommissionsmitglieder wurden per Dekret ernannt. Die konstituierende Sitzung der Kommission fand Anfang Juni statt, inzwischen hat sie mehrmals getagt.

Die Ziele sind, die volle Einsatzbereitschaft des Bundesheers für alle Aufgaben rasch wiederherzustellen und eine verstärkte Übungstätigkeit zu gewährleisten. Hierfür soll die Kommission bis Ende dieses Jahres drei Modelle ausarbeiten und Bundesminister Tanner vorlegen.

Neben zahlreichen Vertretern des Verteidigungsressorts und weiterer

Ministerien sind auch die Wirtschaftskammer, die Industriellenvereinigung, Gewerkschaft, Arbeiterkammer, Landwirtschaftskammer, das AMS, Zivildienstorganisationen, die Bundesschuljugend und die Bundesjugendvertretung in der Kommission vertreten. Für die IV ist Vize-Generalsekretär Peter Koren Teil der Kommission.

Die IV hat sich bisher klar eingebracht und darauf hingewiesen, dass Wehr- und Sicherheitspolitik immer auch eine wirtschaftspolitische Dimension haben. Sicherheit und Industrie sind eng miteinander verknüpft. Erste Ergebnisse der Sitzungen sind bereits für Oktober geplant.

Die IV erkennt die sicherheitspolitische Bedeutung eines funktionierenden Wehrsystems ausdrücklich an – insbesondere in Zeiten wachsender globaler Instabilität. Gerade in einer Phase geopolitischer Unsicherheiten hat Sicherheit für die Industrie höchste Priorität; die IV bekennt sich klar



Klaudia Tanner überreicht Peter Koren das Dekret zur Ernennung zum Kommissionsmitglied.

zur gesamtstaatlichen Verantwortung im Bereich der Sicherheitsvorsorge und unterstützt den Ausbau einer gut aufgestellten, einsatzfähigen Miliz als zentrale Säule der umfassenden Landesverteidigung und des Katastrophenschutzes.

Gleichzeitig müssen geplante Veränderungen – etwa eine Verlängerung des Präsenzdiensts oder verpflichtende Milizübungen – mit den Anforderungen der Arbeitswelt in Einklang gebracht werden. Betriebe stehen unter massivem Druck, etwa durch Arbeitskräftemangel und steigende Kosten – daher sind planbare, flexible Modelle für Milizübungen, die den Unternehmen und den Beschäftigten Handlungsspielraum lassen, das Ziel. Sicherheit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sind keine Gegensätze – sie müssen gemeinsam gedacht werden. Es geht um Lösungen, die sowohl die sicherheitspolitischen Erfordernisse als auch die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Österreich berücksichtigen.

Verteidigungsinvestitionen stärken Europas Industrie

Die IV-Taskforce „Security & Defence Industry“ bündelt Expertise und zeigt, wie sicherheitspolitische Notwendigkeiten auch wirtschaftliche Chancen schaffen.

Die Industriellenvereinigung hat unter dem Vorsitz von Erwin Hameseder und Wolfgang Hesoun mit der IV-Taskforce „Security & Defence Industry“ ein zentrales Forum initiiert, um gemeinsam mit führenden Unternehmen und Experten Strategien, politische und rechtliche Rahmenbedingungen sowie konkrete Maßnahmen zur Stärkung der sicherheits- und verteidigungsrelevanten Industrien in Österreich zu entwickeln. Ein zweites Treffen dieses Industrie-Thinktanks fand Anfang September unter großer Industriebeteiligung im Haus der Industrie statt.

Weniger Bürokratie, mehr Investitionen

Virtuell zu Gast war Generaldirektor Timo Pesonen von der Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum der Europäischen Kommission. Er betonte die Handlungsnotwendigkeit in Brüssel bei der Unterstützung der Mitgliedsstaaten und der Industrie bei der Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit und beim Ausbau der entsprechenden Infrastruktur. Verteidigungsinvestitionen seien nicht nur eine sicherheitspolitische Notwendigkeit, sondern stärkten langfristig auch die wirtschaftliche Resilienz, die Wettbewerbsfähigkeit und die industrielle Basis Europas. Mit dem Verteidigungs-Omnibus-Paket ziele die EU-Kommission darauf ab, Bürokratie abzubauen, Verfahren zu beschleunigen und



Beim zweiten Treffen der Taskforce war Verteidigungsexperte Timo Pesonen von der EU-Kommission virtuell zu Gast.

gezielte Anreize für private und öffentliche Investitionen zu schaffen, wobei die EU als Partnerin der Unternehmen auf diesem Investitionsweg agiere.

Weitere hochrangige Gäste waren u.a. Patrick Lobis, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Generalsekretär Severin Gruber, BMWET, und Rüstungsdirektor Harald

Vodosek, BMLV. Themen waren unter anderem die wichtige Rolle von industriellen Kooperationen für die technologische Entwicklung und Innovation, ihre sicherheitspolitischen und strategischen Aspekte sowie ihre große wirtschaftliche Bedeutung.

Aufbauend auf den umfassenden Mitgliederrückmeldungen wurden als



Kernthema des Zusammentreffens erste politische und rechtliche Aktionspunkte präsentiert und im Forum diskutiert. Die Ergebnisse werden im Oktober dem IV-Bundesvorstand vorgestellt und in der Folge bei den entsprechenden politischen Entscheidungsträgern vertreten.

In den letzten Monaten ist es der IV bereits gelungen, die Themen der Taskforce verstärkt in die öffentliche Diskussion zu tragen. Durch zahlreiche Medienbeiträge konnte nicht nur die Sichtbarkeit der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie deutlich erhöht werden, sondern auch die Relevanz der Industrieanliegen hervorgehoben werden – von der Rolle der Branche für Österreichs Wettbewerbsfähigkeit bis hin zur Bedeutung einer starken industriellen Basis für die nationale Sicherheit. Damit wurde den Anliegen zusätzlicher politischer und wirtschaftlicher Nachdruck verliehen.

Wichtige Schritte für Schlüsseltechnologien aus Europa

Die EU-Kommission hat Vorschläge für den Europäischen Competitiveness-Fonds und das nächste EU-Forschungsrahmenprogramm vorgelegt. Bei den Verhandlungen muss sich Österreich aktiv einbringen.

Im Juli hat die Europäische Kommission den Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) zum nächsten EU-Budget (2028–2034) vorgelegt, der auch den Vorschlag für den neuen EU-Wettbewerbsfonds (ECF) und das neue EU-Forschungsrahmenprogramm (Horizon Europe) enthält. Der ECF soll entlang der gesamten Investitionskette Schwerpunkte für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit setzen, die jetzt in 14 Programmen adressiert werden (darunter auch Horizon Europe), und hat ein vorgeschlagenes Budget von rund 450,5 Mrd. Euro.

Es ist ein klarer Erfolg, dass das nächste Horizon Europe ein Stand-alone-Programm mit deutlich erhöhtem Budget (175 Mrd. Euro, +83 Prozent) werden soll, das zudem auch zweckgebunden ist. Die IV hat sich dafür zusammen mit

Mitstreitern intensiv auf EU- sowie nationaler Ebene eingesetzt und wird weiterhin eine starke Ausstattung mit mindestens 200 Mrd. Euro einfordern.

Das neue Horizon Europe soll weiterhin aus vier Säulen bestehen; die zweite Säule enthält einen „Competitiveness“-Teil, der auch mit dem Competitiveness-Fonds verbunden ist, und hat ein vorgeschlagenes Budget von rund 76 Mrd. Euro. Die zweite Säule ist zwar absolut gesehen gewachsen, allerdings anteilig geringer als das Gesamtbudget, obwohl gerade mit dem Competitiveness-Teil der zweiten Säule das wichtige EU-Ziel der Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit adressiert wird.

Österreich ist im EU-Forschungsrahmenprogramm Nettoempfänger und sehr erfolgreich – insgesamt hat Österreich bisher im derzeitigen Programm, das noch mehr

als zwei Jahre weiterläuft, 1,44 Mrd. Euro zurückgeholt. Hohe Rückflüsse zeigen sich insbesondere in der zweiten Säule, in der grenzüberschreitende, interdisziplinäre F&E-Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ermöglicht werden. Das neue Horizon Europe muss weiterhin besonderen Fokus auf kollaborative Projekte und Partnerschaften legen, die zentraler Motor und Träger für Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit in Europa sind, wie eine Studie des Industriewissenschaftlichen Instituts auf Basis von 32 Leitbetrieben mit EU-F&E-Aktivitäten in Österreich zeigt. So erwarten befragte Unternehmen einen sehr hohen Nutzen des nächsten Horizon Europe für ihre Wettbewerbsfähigkeit – zudem rangiert das Programm auf Platz drei unter den Standortfaktoren. Top-Motive für die Teilnahme an kooperativen EU-F&E-Projekten sind Risiko- und Kostensenkung,

Beschleunigung der nachhaltigen Transformation, Sondierung neuer Themen, Zugang zu Schlüsseltechnologien und neuen Partnern, die Positionierung in strategischen Wertschöpfungsketten sowie Beschleunigungseffekte. Zudem zeigt sich klar, dass europaweite F&E-Kooperationen den Zusammenhalt der europäischen Industrie und ihrer Wertschöpfungsketten festigen. Ziel muss es daher sein, dass die zweite Säule des nächsten Horizon Europe auch anteilig im gleichen Ausmaß wie das Gesamtprogramm gestärkt wird.

Die Verhandlungen stehen vor der Tür – Österreich muss sich zusammen mit verbündeten Mitgliedsstaaten aktiv dafür einsetzen, dass der ECF und insbesondere das nächste Horizon Europe nun ein echter Hebel zur Stärkung der europäischen Industrie sowie von Schlüsseltechnologien aus Europa werden.

„MINToring“ vernetzt junge Technikerinnen

Die MINTality Stiftung startet in den MINT-Regionen das Pilotprojekt „MINToring“ mit dem Ziel, mehr Mädchen und junge Frauen auf ihrem Bildungsweg zu unterstützen.

Die MINTality Stiftung startet mit dem „MINToring 2025/26“ ein Programm speziell für Mädchen bzw. junge Frauen, die sich auf unterschiedlichsten MINT-Ausbildungswegen befinden und sich gegenseitig unterstützen wollen. MINT-interessierte Mädchen und junge Frauen zwischen 13 und 25 Jahren werden miteinander vernetzt, systematisch gestärkt und auf ihrem Bildungsweg kontinuierlich über ein Jahr begleitet. Zielsetzung ist, mehr Mädchen und junge Frauen für eine Bildungs- und Berufswahl im MINT-Bereich zu begeistern und sie auf diesem Lernweg aktiv zu unterstützen. Nach der Pilotphase 2025/26 in Kooperation mit den drei MINT-Regionen Traunviertel, Obersteiermark und Wien-West wird das Programm nun österreichweit ausgerollt.

Mutige Mädchen, starke Frauen

Im Zentrum des MINTorings steht das MINToring-Duo: eine MINTee (Schülerin am Ende der Unterstufe bzw. der Oberstufe) wird mit einer MINTorin (HTL-Schülerin, Lehrling im dritten oder vierten Ausbildungsjahr oder MINT-Studentin) mit geringem Altersunterschied gematcht. Über elf Monate hinweg treffen sich MINTee und MINTorin regelmäßig – persönlich oder online – und nehmen an inspirierenden MINT-Aktivitäten, organisiert durch die MINTality Stiftung und die MINT-Regionen, teil. Das außerschulische Programm ist kostenlos und für alle offen, die ihren MINT-Ausbildungsweg gemeinsam gehen wollen. Besonders Unternehmen sind eingeladen, ihre weiblichen MINT-Lehrlinge als MINTorinnen für das Programm zu nominieren und



damit jungen Mädchen aus der Unterstufe ein greifbares Vorbild aus der Praxis zur Seite zu stellen.

Mitwirkungsmöglichkeit für Unternehmen

Die MINTality Stiftung sucht weibliche MINT-Lehrlinge (3. bis 4. Lehrjahr), die das MINToring 2025/26 unterstützen möchten. Außerdem ermöglicht MINTeraction ab 2026/27 das praxisnahe Ausprobieren sowie das Kennenlernen von MINT-affinen Unternehmen in der Region für Mädchen bzw. junge Frauen.

Die MINTality Stiftung wurde 2022 von Therese Niss gemeinsam mit neun Unternehmen (Miba, Fronius, Greiner, TGW, Oberbank, KNAPP, Magna, umdasch und A1), der Industriellenvereinigung, der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) sowie der Innovationsstiftung für Bildung

(ISB) ins Leben gerufen. Das gemeinsame Ziel ist es, mehr Mädchen für Technik zu begeistern und sie zu ermutigen, eine Ausbildung in diesen zukunftsträchtigen Bereichen zu ergreifen.

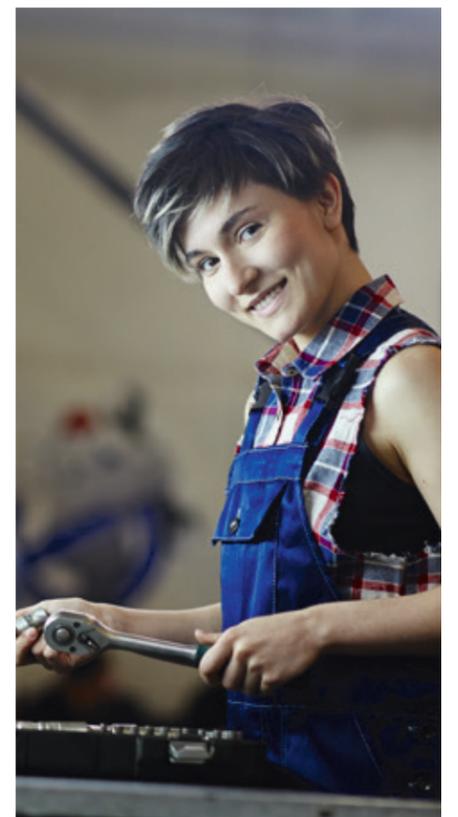


MINToring
2025/26

Bewerbung für weibliche Lehrlinge
bis 13. Oktober 2025: <https://forms.office.com/e/R5WwHeS145>

MINTeraction

Kontakt für Unternehmen:
office@mintality.at



Was der politische Herbst der Industrie bringt

Vom „Sofortpaket“ für die Wirtschaft bis zur Industriestrategie – die Regierung hat sich diesen Herbst viel vorgenommen. Mutige Reformen lassen derzeit jedoch noch auf sich warten.



„Es braucht jetzt entschlossenes Handeln, um den Aufschwung einzuleiten und Investitionen zu stärken.“

Georg Knill,
IV-Präsident

es jetzt entschlossenes Handeln, um den Aufschwung einzuleiten, Investitionen zu stärken und Österreich langfristig auf einen stabilen Wachstumspfad zurückzuführen“, betont Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung.

Herbstlohnrunde und Fachkräftemangel

Angesichts der hohen Inflation werden heuer wieder alle Augen auf die Herbstlohnrunden gerichtet sein: Die zugrunde liegende Durchschnittsinflation liegt diesmal bei 2,8 Prozent. Höher war sie – lässt man die Jahre 2022 bis 2024 beiseite – in den letzten 30 Jahren nur 2001 und 2008. Die hohen Lohnstückkosten haben die heimische Industrie in ihrer Wettbewerbsfähigkeit auch gegenüber anderen Ländern in Europa massiv unter Druck gebracht. Zu diesen Unwegsamkeiten kommen in Österreich deutlich zu hohe Energiepreise und die demografische Verschiebung, die soziale Sicherungssysteme unter Druck bringt – insbesondere das Pensionssystem, das immer mehr aus dem öffentlichen Budget bezuschusst werden muss. Und gleichzeitig wird sich in den kommenden Jahren parallel zum Aufschwung der Arbeits- und Fachkräftemangel zurückmelden und verschärfen. In der Industrie fehlt vor allem auch der qualifizierte Nachwuchs – eine aktuelle Studie des Industriewissenschaftlichen Instituts (IWI), die die IV gemeinsam mit dem Fachverband der Metalltechnischen Industrie (FM TI), dem Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie (FE EI) und dem Österreichischen Verband für Elektrotechnik (OVE) in Auftrag gegeben hat, zeigt das deutlich. Aktuell bleibt österreichweit jede vierte Stelle unbesetzt, für die es junge Menschen mit fundierter HTL-Ausbildung bräuchte. Die Studie beziffert die Lücke derzeit mit 10.000 HTL-Absolventen. Bis 2030 droht der Mangel auf 16.000 junge Technikerinnen und Techniker anzuwachsen – 40 Prozent dieser Stellen blieben dann unbesetzt.

Erstes „Sofortpaket“ für die Wirtschaft
Viele der Schwierigkeiten, vor denen die heimische Wirtschaft steht, will die Regierung schnell angehen. Auch für den Herbst stehen wichtige Weichenstellungen auf der Agenda. „Die Herausforderungen sind groß: hohe Inflation, verhaltenes Wachstum und geopolitische Unsicherheiten. Der Weg zum notwendigen Aufschwung ist kein Sprint, sondern ein Marathon, den wir bereit sind, in Angriff zu nehmen“, sagte Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer bei der Präsentation des ersten „Sofortpakets“ für die Wirtschaft Anfang September. Das geschnürte Paket soll ein Volumen von einer Milliarde Euro umfassen, die im Wesentlichen durch Umschichtungen im Budget freigemacht wurde – insbesondere durch Kürzungen bei Förderungen. Kern des Pakets ist die Verdopplung des Investitionsfreibetrags von zehn auf 20 Prozent und bei ökologischen Investitionen von 15 auf 22 Prozent für ein Jahr ab 1. November. Für die Industrie geht die rund 200 Millionen Euro teure Maßnahme nicht weit genug – die Investitionserfordernisse seien viel höher: „Für den Standort wäre ein deutlich ambitionierteres Signal notwendig gewesen, um die Investitionstätigkeit im Land zu steigern“, so Knill.

„Für den Standort wäre ein deutlich ambitionierteres Signal notwendig gewesen.“

Georg Knill,
IV-Präsident

Positive Signale gibt es derzeit vor allem im Bereich der hohen Energiepreise. So hat Wirtschaftsminister Hattmannsdorfer das Strompreiskosten-Ausgleichsgesetz (SAG) in Begutachtung geschickt. (Wenn dieses Heft erscheint, wird das SAG bereits kurz vor dem Beschluss stehen.) Für heuer und nächstes Jahr sollen jeweils bis zu 75 Millionen Euro für energieintensive Unternehmen mit einem Verbrauch von mehr als einer Gigawattstunde ausgeschüttet werden. Die Mittel, die Unternehmen aus dem SAG erhalten, müssen fast vollständig reinvestiert werden – 50 Prozent davon in Energieeffizienzmaßnahmen. „Die Strompreiskompensation ist ein zentrales Anliegen der Industrie und trägt zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit stromintensiver

Unternehmen bei“, so Knill. Noch heuer sollen auch die zwei zentralen Energiegesetze (das Elektrizitätswirtschaftsgesetz, EIWG, und das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz, EABG) im Parlament beschlossen werden. Nicht zuletzt steht die UVP-Novelle auf der Herbst-Agenda der Bundesregierung.

Mit Spannung erwartet wird die genaue Ausgestaltung des Anfang September angekündigten Standortfonds, der über den Dach-Fonds für innovative Startups und Spinoffs in der Wachstumsphase hinausgehen dürfte. Der Standortfonds soll auch Energienetzinfrastruktur mitfinanzieren. Noch im September wird sich darüber hinaus ein eigener Ministerrat zentral dem Thema Entbürokratisierung widmen. „Es braucht dringend einen Befreiungsschlag – erste Schritte durch Maßnahmen wie den Abbau unnötiger Berichtspflichten und die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren sind auch in diesem Bereich erkennbar“, kommentiert der IV-Präsident. Noch im Herbst will die Regierung die Reformpartnerschaft vorantreiben – dabei sollen auch Maßnahmen gesetzt werden, um die Energiepreise für Haushalte und Unternehmen zu senken sowie Verwaltungsabläufe deutlich zu straffen. Die Verhandlungen zum Stabilitätspakt neu will die Regierung noch im Herbst abschließen. Und schließlich werden im September erste Ergebnisse der angekündigten Industriestrategie vorliegen.

Es braucht weitere mutige Schritte

Bei dringend notwendigen Struktur-reformen zeigt sich die Regierung jedoch noch zurückhaltend. Im Frühjahr wurde eine Anhebung der Korridor-pension beschlossen. Ab 2026 steigt das frühestmögliche Eintrittsalter in der Korridor-pension von 62 auf 63 Jahre und auch die Teilpension wird ab 2026 möglich sein. Gleichzeitig bringt die Regierung diesen Herbst ein Flat-Tax-Modell für Menschen, die über das gesetzliche Pensionsalter hinaus freiwillig weiterarbeiten, auf den Weg. Diese Schritte gehen für Knill in die richtige Richtung, seien aber zu wenig ambitioniert, um der demografischen Herausforderung im Pensionssystem und am Arbeitsmarkt adäquat zu begegnen. „Die zentralen budgetären Herausforderungen wie zum Beispiel im Pensionssystem oder in der Verwaltung bleiben weiterhin ungelöst. Um Österreich zukunftsfit zu machen, braucht es weitere mutige Schritte“, so Knill abschließend.

Der wirtschaftliche Aufschwung wird in Österreich noch etwas auf sich warten lassen. Im zweiten Quartal gab es zwar ein kleines Wachstum von 0,3 Prozent im Vergleich zum ersten Quartal, im Jahresabstand ist das Bruttoinlandsprodukt jedoch erneut um 0,1 Prozent geschrumpft. Im August hat sich laut WIFO die Stimmung in der Industrie leicht aufgehellt; allerdings sei der Anstieg verhalten und bislang zu schwach, um auf einen Aufschwung hinzudeuten. Auch der Index der unternehmerischen Erwartungen lasse derzeit keine nachhaltige Belebung erkennen, zu viele Unsicherheiten prägen nach wie vor das Bild. Die Zoll-Einigung mit den USA mag zumindest einen Zollaufschlag von 30 Prozent abgewehrt haben, aber 15 Prozent Aufschlag mit sektoralen Ausreißern bei Stahl und Aluminium sowie Autos belasten österreichische und europäische Exporteure dennoch (siehe Artikel auf Seite 2). Im ersten Halbjahr sind die Exporte aus Österreich bereits zurückgegangen – mit 14,4 Prozent sind insbesondere die Ausfuhren in die USA eingebrochen. Gleichzeitig steigt die Inflation in Österreich weiterhin und der Abstand zum Eurozonen-Schnitt vergrößert sich. Die Ökonomen von Raiffeisen Research rechnen für 2025 mit einer Jahresinflation von 3,5 Prozent. Schuld an dem Inflationsschub ist heuer das Auslaufen der Strompreisbremse – während dieser Effekt 2026 nicht mehr ins Gewicht fallen wird, bleibt das österreichische Spezifikum, dass Dienstleistungspreise stärker steigen als im Euroraum, insbesondere in der Gastronomie. „Umso mehr braucht

TO-DO-LISTE FÜR DEN STANDORT ÖSTERREICH

Ausgewählte wichtige Standortmaßnahmen, um wieder auf die Überholspur zu kommen.

- Strompreiskompensation für energieintensive Industrie
 - Wichtige Energiegesetze
 - Erhöhung Investitionsfreibetrag
 - Schaffung Standortfonds
-
- Große Strukturreformen
 - Entlastung Faktor Arbeit
 - Absicherung des Fonds Zukunft Österreich
 - Umfassende Entbürokratisierungsoffensive

Schulstart als Reformsignal

Das neue Schuljahr startet mit zahlreichen Neuerungen – darunter viele, für die sich die Industriellenvereinigung schon lange einsetzt. Jetzt müssen die nächsten Schritte entschlossen gegangen werden.



Mit dem Schulstart im Osten Österreichs treten zahlreiche Neuerungen in Kraft, die den Bildungsbereich spürbar verändern. Viele dieser Schritte

greifen zentrale Forderungen der Industriellenvereinigung auf; vom Ausbau der Planstellen über die Stärkung der Deutschförderung bis hin zu mehr Unterstützung für Schulleitungen. Damit zeigt sich: Zahlreiche Anliegen der IV sind bereits in Umsetzung, erste Erfolge werden sichtbar.

Wirtschafts- und Finanzbildung gestärkt

Ein wichtiges Beispiel ist die Stärkung der Wirtschafts- und Finanzbildung – ein weiterer Schritt in jene Richtung, die die IV seit Jahren fordert. Ab dem Schuljahr 2025/26 wird das Wirtschaftskundliche Realgymnasium (WIKU) neu positioniert: Kernstück ist der neue Unterrichtsgegenstand „Wirtschaft, Innovation und Nachhaltigkeit“ in Unter- und Oberstufe. Damit erhalten Schülerinnen und Schüler praxisnahe Kompetenzen, um optimal auf die Anforderungen des Arbeitsmarkts vorbereitet zu sein.

Entbürokratisierung schafft Freiraum

Positiv zu bewerten ist auch die angekündigte Entbürokratisierung: Weniger Erlässe schaffen bei gleichzeitig klaren Strukturen Raum für die Kernaufgaben der Pädagoginnen und Pädagogen. Genau hier hatte die IV wiederholt Verbesserungen eingefordert. Ein entlastetes Schulsystem kann sich stärker auf seine eigentliche Aufgabe konzentrieren: die Vermittlung von Wissen und Kompetenzen sowie die Förderung der individuellen Potenziale aller Schülerinnen und Schüler.

Reformpartnerschaft braucht Tempo

Ein weiterer zentraler Punkt ist die gestartete Reformpartnerschaft zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und Städten. Sie eröffnet die Chance, endlich jene strukturellen Probleme anzugehen, die Österreichs Schulsystem seit Jah-

ren belasten: Kompetenzzersplitterung, Doppelgleisigkeiten und unklare Verantwortlichkeiten. Die IV begrüßt diesen Prozess ausdrücklich – es braucht nun konkrete Entscheidungen und rasche Umsetzungsschritte.

Bildung als Standortfrage

Bildung ist nicht nur ein individuelles Recht und eine gesellschaftliche Aufgabe, sondern auch eine entscheidende Standortfrage – Österreichs Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft hängen unmittelbar davon ab, ob es gelingt, allen Kindern und Jugendlichen die besten Voraussetzungen mitzugeben und so die Fachkräfte von morgen auszubilden. Dass viele bildungspolitische Maßnahmen nun im Sinne der IV auf den Weg gebracht wurden, ist ein positives Signal. Entscheidend wird jedoch sein, dass die Reformen nachhaltig umgesetzt und im Schulalltag spürbar werden.

Salzburg Summit: Europas Kompass in der „Rough New World“

Strategische Orientierung, wirtschaftliche Resilienz und technologische Führungsansprüche waren zentrale Themen des Salzburg Summit, der auch heuer wieder zu einem internationalen geopolitischen Dialog lud.

Unter dem Leitmotiv „Rough New World – Navigating Through Insecurities“ fand Ende Juli der sechste Salzburg Summit der Industriellenvereinigung statt. Mehr als 650 Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft diskutierten über Europas Rolle in einer zunehmend unsicheren Welt. Georg Knill, Präsident der IV, forderte in seiner Eröffnungsrede einen klaren Kompass für Europa – basierend auf Freiheit, Verantwortung, Innovationskraft,

Weltoffenheit und wirtschaftlicher Stärke. In diversen Panels und Interviews stellten prominente Persönlichkeiten wie David Petraeus (ehem. CIA-Direktor), Christian Lindner (ehem. deutscher Finanzminister) und Joschka Fischer (ehem. Vizekanzler Deutschlands) zentrale Fragen zu geopolitischer Stabilität, Finanzierung und Machtverschiebungen in den Fokus.

Ein Schwerpunkt lag auf Europas wirtschaftlicher Basis für strategische Sicher-

heit. Top-Speaker wie Nicola Beer (EIB), Michael Strugl (Verbund) und Valerie Brunner (RBI) betonten die Notwendigkeit langfristiger Investitionen, der Diversifizierung von Energiequellen sowie der Sicherung kritischer Rohstoffe. Christian Lindner kritisierte die bisherige Wirtschaftspolitik Europas als zu regulierungs- und umverteilungsorientiert und warb für tragfähige Strukturformen – „Schulden sind nur vorgezogener Wohlstand“. Andere Programmpunkte be-

leuchteten Europas Potenzial in der Biotechnologie, insbesondere durch stärkere transatlantische Kooperationen; zudem ging es um Bürokratieabbau, Medienwandel, künstliche Intelligenz sowie transatlantische Politik. Der Summit stellte eindringlich klar, dass Europa aktiv handeln muss: Sicherheit, wirtschaftliche Stärke und technologische Innovationskraft sind keine Gegensätze, sondern Voraussetzungen, um in der „Rough New World“ handlungsfähig zu sein.



V.l.n.r.: Johannes Hahn, Claudia Plakolm, Karoline Edtstadler, Sabine Herlitschka, Georg Knill, Barbara Eibinger-Miedl, Alexander Pröll.



Der ehemalige deutsche Vizekanzler Joschka Fischer.



Der rumänische Präsident Nicușor Dan.



Der ehemalige deutsche Finanzminister Christian Lindner.



IV-Präsident Georg Knill.

Zweiter Jungunternehmertag der Jungen Industrie in Telfs

Zum zweiten Mal fand der bundesweite Jungunternehmertag statt, bei dem in Tirol alles im Zeichen von Innovation stand.

Am 29. August fand in Telfs der zweite bundesweite Jungunternehmertag der Jungen Industrie statt. Nach dem Auftakt im Vorjahr in Graz kam die junge Unternehmergegeneration diesmal in Tirol zusammen, um sich über Zukunftsthemen auszutauschen, voneinander zu lernen und neue Kontakte zu knüpfen. Schon am Vorabend bot das Sommerfest der IV Tirol Gelegenheit, sich einzustimmen und in geselliger Atmosphäre zu starten.

Eröffnet wurde der Tag von der Bundesvorsitzenden Julia Aichhorn und dem Vorsitzenden der JI Tirol, Eduard Fröschl. Unterstützt wurden sie dabei von JI-Tirol-Vorstandsmitglied Christoph Mederle, der die Räumlichkeiten bei den Thöni Industriebetrieben zur Verfügung stellte und mit seiner Gastfreundschaft für den passenden Rahmen sorgte.

Der diesjährige Jungunternehmertag stand dabei ganz im Zeichen von Innovation – einem der zentralen Zukunftsthemen für die Industrie. Die Industrie steht heute in einem Umfeld, das von rasantem technologischem Wandel und globalem Wettbewerb geprägt ist; Innovation ist der Schlüssel, um Fortschritt zu gestalten und Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern. Sie eröffnet neue Möglichkeiten und schafft die Basis für nachhaltiges Wachstum, das vor allem für die kommenden Generationen entscheidend sein wird.

Die Keynote von Juris Ulmanis von Alpine Quantum Technologies schlug die Brücke von der Theorie zur Praxis: Er machte deutlich, welche Chancen die Technologie eröffnet und welches enorme Potenzial noch in ihr steckt, das es zu erforschen gilt.

Wie schon im Vorjahr konnten die Teilnehmenden anschließend aus mehreren Workshops wählen, die parallel stattfanden und unterschiedliche Schwerpunkte rund um das Thema Innovation setzten: Anke van Beekhuis widmete sich der Frage, wie eine High Performance Culture in Unternehmen aufgebaut und gelebt werden kann; Eva Zangerle von der Universität Innsbruck zeigte gemeinsam mit Julian Just, welche Chancen eine klare KI-Strategie bietet und wie Betriebe das Potenzial von KI nutzen können; Constantin Krenn von Simon-Kucher thematisierte, wie Innovation, KI und Effizienz den Vertrieb verändern.

Am Nachmittag folgte eine zweite Workshop-Runde: Michael Zoller von Accenture gab Einblicke rund um die Themen IT-Risiken und Cybersecurity; Marcus Ager, Sonja Deutschmann und Florian Meindl von BDO beleuchteten im „Fit and Proper Check Next Generation“ die Kompetenzen, die junge Unternehmerinnen und Unternehmer



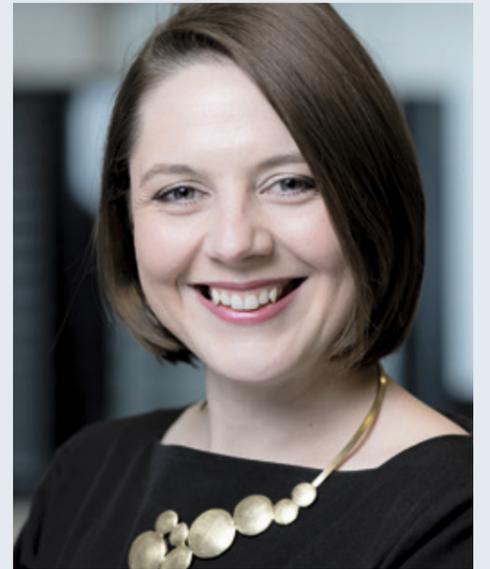
V. l. n. r.: Christoph Knogler, Julia Aichhorn und Eduard Fröschl beim Jungunternehmertag.

für ihren Weg benötigen; parallel dazu erläuterte Anatol Dietl von Wildhack & Jellinek praxisnah, wie Patente, Marken und Designs Innovationen absichern können.

Ein besonderes Highlight bildete das Kaminesgespräch mit Christoph Knogler, CEO der KEBA Group und Leiter der IV-KI-Taskforce – er zeigte mit konkreten Beispielen und Erfahrungswerten aus seinem Unternehmen, wie vielseitig und effektiv künstliche Intelligenz eingesetzt werden kann.

Abgerundet wurde der Tag durch ein gemeinsames Afterwork in Telfs. In entspannter Atmosphäre konnten Gespräche fortgeführt, neue Kontakte vertieft und Eindrücke des Tages reflektiert werden.

Der zweite Jungunternehmertag in Tirol war damit ein voller Erfolg. Ein herzlicher Dank gilt allen, die diesen Tag möglich gemacht haben – insbesondere den Vortragenden für ihre Zeit und den wertvollen Input sowie der Landesgruppe Tirol für ihre tatkräftige Unterstützung!



INNOVATION ALS ÜBERLEBENSFAKTOR

Warum Österreich ohne neue Ideen den Anschluss verliert.

Österreich ist ein Land der Tradition – das ist unsere Stärke, aber zunehmend auch unsere Schwäche. Während andere Regionen Milliarden in Forschung, Digitalisierung und KI investieren, diskutieren wir hierzulande über kleinteilige Regulierungen und geraten ins endlose Mikromanagement. Dabei ist klar: Ohne Innovation gibt es keine Wertschöpfung, ohne Wertschöpfung keinen Wohlstand.

Gerade die junge Generation spürt das besonders – sie will Neues wagen, Startups gründen und Technologien ausprobieren. Doch allzu oft stößt sie dabei auf starre Strukturen, Bürokratie und politische Mutlosigkeit. Wenn wir jungen Menschen in Österreich nicht die Chance geben, ihre Ideen hier zu verwirklichen, dann gehen sie dorthin, wo es einfacher ist – und mit ihnen wandern nicht nur Talente ab, sondern auch die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts.

Die Industrie ist der Motor für Arbeitsplätze und Investitionen, aber dieser Motor braucht den Treibstoff von morgen: mutige Ideen, Forschungsgelder und ein innovationsfreundliches Umfeld. Wer glaubt, Österreich könne im internationalen Wettbewerb mit „Business as usual“ bestehen, irrt gewaltig: Die USA, China und zunehmend auch Indien ziehen in Sachen Innovationskraft längst davon. Wir dürfen die junge Generation nicht in einem Land zurücklassen, das lieber alte Strukturen verteidigt, statt neue Wege zu ermöglichen.

Wir brauchen endlich eine Innovationsagenda, die diesen Namen verdient: mit Rahmenbedingungen, die Kapital für Investitionen ermöglichen, einer Bürokratie, die Innovation erleichtert statt verhindert, und Technologieoffenheit, die neue Ansätze nicht von vornherein ausschließt. Am Ende entscheidet vor allem eine Offensive in der MINT-Bildung, ob wir den jungen Menschen das Rüstzeug geben, um Österreichs Zukunft zu gestalten.

Innovation ist kein Luxus, sondern unsere Überlebensstrategie. Je länger wir das verdrängen, desto teurer wird es – vor allem für die kommende Generation.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

Wechsel in der Geschäftsführung der Jungen Industrie

Franziska Sumberaz folgt Valentin Falb.

Franziska Sumberaz ist neue Bundesgeschäftsführerin der Jungen Industrie. Die 31-Jährige folgte im September auf Valentin Falb, der die Nachwuchsorganisation der Industriellenvereinigung seit 2021 leitete und diese inhaltlich wie organisatorisch stark geprägt hat.

Sumberaz ist seit 2023 Teil der Jungen Industrie und hat in dieser Zeit die strategische Positionierung entscheidend mitgestaltet. Die studierte Kommunikationsexpertin war zuvor mehrere Jahre selbstständig tätig und bringt Erfahrung in Kommunikation und Marketing mit. Künftig möchte sie die Sichtbarkeit der Organisation ausbauen und zentrale industrie- sowie gesellschaftspolitische Zukunftsthemen in den Vordergrund rücken.



„Österreich braucht starke Investitionsanreize und eine niedrigere Staatsquote“

Die Industrie steckt in der Stagnation: Hohe Kosten, bürokratische Hemmnisse und fehlende Reformen bremsen den Standort. IV-Chefökonom Christian Helmenstein zeigt, welche Weichen jetzt gestellt werden müssen und wo Potenziale liegen.

Mit „Bonjour Tristesse“ eröffnete IV-Chefökonom Christian Helmenstein das Interview mit den „iv-positionen“. Die Lage der österreichischen Industrie umriss er so: „Im Moment ist Mattheit die vorherrschende Emotion – und so sie denn eine Farbe hätte, wäre Grau der dominierende Farbton.“ Wachstum sei derzeit nicht in Sicht, Investoren zögerten, Konsumenten hielten sich zurück, während die öffentliche Hand die Ausgaben weiter erhöhe. Auch für die kommenden Monate bleibe die Lage unsicher und sei vom Prinzip der Hoffnung geprägt – darauf, dass die USA unter Präsident Trump nicht weitere Zölle einheben und das deutsche Investitionspaket positive Effekte auch in Österreich entfaltet. „Aber: Wir schießen nach Washington und Berlin, anstatt uns selbst in Österreich zu mutigen Reformen aufzuraffen.“

Welche Maßnahmen wirklich zählen

Für Helmenstein sind es vor allem zwei Hebel, die Österreichs Wirtschaft aus der Stagnation reißen könnten: Erstens brauche es einen starken Investitionsimpuls durch steuerliche Anreize: „Wir benötigen eine Kombination aus Sofortabschreibung, Superabschreibung und Hyperabschreibung,

die so überzeugend ist, dass ein investitionsgetragener Aufschwung einsetzt; denn auf einen exportgeleiteten Aufschwung würden wir noch länger warten müssen.“

Zweitens müsse die Staatsquote deutlich sinken. Helmenstein zitierte dabei den ehemaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl: „Ab 50 Prozent Staatsquote beginnt der Sozialismus.“ Österreich liege mit 56,3 Prozent deutlich darüber. „Mit anderen Worten: Weit mehr als die Hälfte der Wirtschaftsleistung wird durch die öffentliche Hand, angefangen vom Staatskonsum bis hin zu Transferzahlungen, beansprucht. Der EU-Schnitt liegt bei 49,2 Prozent. Um dorthin zu gelangen, sind die öffentlichen Ausgaben um sieben Prozentpunkte, das entspricht rund 35 Milliarden Euro pro Jahr, zu reduzieren. Das würde Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie Unternehmen finanzielle Atemluft verschaffen.“

Belastung durch Kosten und Bürokratie

Die Handlungsspielräume der Unternehmen seien derzeit gering. Neben im internationalen Vergleich hohen Energiepreisen und den stark gestiegenen Lohnstückkosten seien es auch die büro-

kratischen Auflagen, die belasten: „Hier haben wir seit der Angelobung der Regierung bis dato keine nennenswerten Fortschritte gesehen. Im Gegenteil, es kommen weitere Belastungen auf uns zu.“

Besonders augenfällig sei die Dimension regulatorischer Texte: „Die österreichische Bundesverfassung umfasst rund 45.900 Wörter, aber allein die Delegierten Rechtsakte zur EU-Taxonomie kommen auf 333.000 Wörter. Das zeigt die monströse bürokratische Belastung.“ Helmenstein fordert eine „radikale Bürokratie-Reduktion“ um 75 Prozent. Auch die österreichische Lohnpolitik verschärfe die Lage: Aufgrund einer Inflationsrate von zuletzt 3,7 Prozent – knapp dem Doppelten des Durchschnitts der Eurozone – sei ein weiterer Kostenauftrieb zu befürchten, so Helmenstein. „Unsere hohen Lohnstückkosten lassen sich in den Exportgüterpreisen kaum noch unterbringen. Wenn bei den kommenden Lohnverhandlungen weiter nach der Benya-Formel vorgegangen wird, verschlechtern wir unsere internationale Wettbewerbsposition erneut.“

Das Problem reicht jedoch tiefer: Österreich habe sich seit 2015 handelsgewich-

tet um acht Prozent gegenüber seinen Partnern verteuert. „Das bedeutet, dass gute Ideen im Land vorhanden sind, aber nicht in wirtschaftlichen Erfolg übersetzt werden können, weil wir preislich nicht mehr wettbewerbsfähig sind.“

Chancen – von Raumfahrt bis künstliche Intelligenz

Trotz der angespannten Lage gibt es Potenziale. Helmenstein nennt etwa die Bahnindustrie, die Pharmaindustrie sowie die Luft- und Raumfahrt. Nachsatz: „Aber angesichts ihrer Innovationskraft wäre es verfehlt, unsere Automobilzulieferindustrie vorzeitig abzuschreiben!“ Als größtes Zukunftsthema sieht er den Einsatz von künstlicher Intelligenz.



DREI FRAGEN AN CHRISTIAN HELMENSTEIN

Wo sehen Sie die größten Chancen für die Industrie?

Potenziale bestehen grundsätzlich zu jedem Zeitpunkt, sie erwachsen laufend aus dem technologischen Strukturwandel. Überdurchschnittliche Chancen bestehen aus meiner Sicht in der Bahnindustrie, wo wir noch technologische Führungspositionen innehaben, in Segmenten der Pharmaindustrie und der Medizintechnologie sowie in der Luft- und Raumfahrt. Gerade dort gilt: Wir müssen schon heute investieren, damit daraus in 30 bis 50 Jahren ein starker Wirtschaftszweig entstehen kann, wie

es heute die Automobil- und Elektronikindustrie und der Maschinenbau sind. Das größte Potenzial liegt im Einsatz von künstlicher Intelligenz: Diese könnte Produktivitätssteigerungen auslösen, die so stark sind, dass sie zumindest die Folgen des demografischen Alterungsprozesses zu kompensieren vermögen.

Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht am dringendsten?

Ein starker Investitionsimpuls durch steuerliche Anreize in Form von Sofort-, Super- und Hyperabschreibungen sowie eine Reduktion der Staatsquote um rund

sieben Prozentpunkte. Beides würde die Investorenstimmung drehen und der Wirtschaft wieder Dynamik verleihen.

Was stimmt Sie optimistisch?

Die steigende Kreditnachfrage deutet auf eine allmähliche Belebung in der Bauwirtschaft hin, was positiv auf viele Bereiche der Industrie ausstrahlen wird. In Niederösterreich spielt zusätzlich der beruflich bedingte Nächtigungstourismus eine Rolle, der einerseits eng mit Kongress- und Eventaktivitäten und andererseits mit Großprojekten in der Bauwirtschaft verbunden ist.



Behind the Scenes: Dreharbeiten bei Beyond Gravity.

TV-TIPP: NEUE ORF-NÖ-REIHE ZEIGT, WAS IN DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN INDUSTRIE STECKT

Was in Niederösterreich gefertigt wird, ist oft weltweit gefragt – und dennoch vielen unbekannt. Die Sendung „Regional produziert – weltweit etabliert“ rückt genau diese Leistungen ins Licht.

In sieben Folgen, jeweils freitags nach „NÖ heute“, stehen Betriebe aus dem ganzen Bundesland im Mittelpunkt. Gezeigt werden Alltagsprodukte ebenso wie Hightech-Innovationen – von der Glasverpackung bei Vetropack über Profilverfahren von Welser Profile bis zur Raumfahrttechnologie bei Beyond Gravity. Auch GW Cosmetics, Bösendorfer, der Drohnenspezialist Schiebel und Constantia Teich sind vertreten.

HINWEIS

Jeweils freitags nach „NÖ heute“ (ca. 19:15 Uhr) auf ORF NÖ.

Die Sendereihe läuft noch bis 17. Oktober.

Die IV-NÖ trauert um
Gewerke Kommerzialrat

**ING. CHRISTOPH
SCHMIDT,**

langjähriges IV-Vorstandsmitglied
und Träger des großen Ehrenzeichens
für Verdienste um das
Bundesland Niederösterreich.



Wir haben seit Anfang des Jahres eine neue Bundesregierung, und seitdem ist viel gesprochen worden: über die Industrie, über den Standort, über dringend notwendige Reformen; und über all das, was man in Angriff nehmen will. Doch bisher ist es größtenteils bei Worten geblieben.

Insolvenzen auf hohem Niveau zeigen klar, wie ernst die Lage für die Industrie im Land geworden ist. Besonders sichtbar wird dies in der Bauwirtschaft, die unter massivem Druck steht. Für die Industrie insgesamt ist das ein schwerwiegendes Problem, denn die Bauwirtschaft trägt in Österreich 23,7 Prozent zur industriellen Bruttowertschöpfung bei. (In Niederösterreich liegt der Anteil mit 26,1 Prozent sogar noch höher.) Ein Grund für die Probleme ist auch die KIM-Verordnung: Zwar wurde ihr Auslaufen politisch versprochen, doch über ein FMA-Rundschreiben wurden die Hürden durch die Hintertür aufrecht erhalten. Das blockiert Investitionen im Neubau wie in der Sanierung.

JETZT ENDLICH HANDELN, BEVOR ES ZU SPÄT IST

Die Bundesregierung hat bis heute wenig Handfestes geliefert. Österreich braucht umgehend Investitionsanreize, leistbare Energie und mutige Strukturreformen, sonst kann sich der Standort nicht erholen.

Genau hier braucht es aber Investitionsanreize. Gemeint sind keine Überförderungen, sondern Rahmenbedingungen, die Betriebe und Private motivieren, eigenes Kapital einzusetzen. Das stärkt die wirtschaftliche Dynamik, schafft neue Impulse für Beschäftigung, bringt die Energiewende voran und ist letzten Endes ein Geschäft für den Staat.

Energiekosten müssen im Griff sein

Die Industrie bekennt sich klar zur Nachhaltigkeit – aber immer mit Hausverstand. Wir wollen Partner bei der Dekarbonisierung sein, aber dazu braucht es Planungssicherheit: Langfristige politische Rahmenbedingungen, die Vertrauen schaffen, sind unerlässlich. Dazu gehört auch, dass Strom als die Leitenergie der Zukunft leistbar bleibt. Wenn die Netzgebühren steigen, und damit die Kosten für Strom, führt das die gesamte Energiewende ad absurdum. Gerade Niederösterreich, das bei erneuerbarer Energie vorangeht und in der Windkraft Maßstäbe setzt, darf hier nicht benachteiligt werden.

Ein Blick über die Grenze zeigt, dass in Deutschland erste zarte Konjunkturpflänzchen zu sehen sind. Das ist eine gute Nachricht, denn ein Aufschwung bei unserem größten Handelspartner könnte auch Österreich mitziehen. Doch gerade darin liegt die Gefahr: Wenn die Wirtschaft hierzulande getrieben durch Deutschland wieder Fahrt aufnimmt, besteht das

Risiko, dass die Politik die dringend notwendigen Reformen versanden lässt. Das wäre fatal, denn jetzt ist die letzte Chance, jene Schritte zu setzen, die wir seit Jahren einfordern: erstens die Senkung der Standortkosten; zweitens den raschen Ausbau der (Energie-)Infrastruktur; drittens eine Arbeitsmarktreform, die Leistungsanreize schafft und Zuwanderung klug regelt; viertens einen klaren Fokus auf unsere Stärken und Wettbewerbsvorsprünge – auf Innovation, Forschung und jene Schlüsselindustrien, in denen Österreich international Maßstäbe setzen kann; fünftens einen schlanken Staat, der sich von nicht mehr finanzierbaren Kostentreibern wie etwa im Pensionssystem, im überbordenden Föderalismus oder durch ein unscharf gesteuertes Sozialsystem verabschiedet.

Nur so entstehen die Spielräume, um dringend notwendige Konjunkturimpulse setzen zu können.

Wettbewerbsfähigkeit sichern

Denn das Entscheidende für die Finanzierung des gesamten Landes ist das Wirtschaftswachstum. Das Budget und die Prognosen der Bundesregierung basieren darauf. Fehlen die Impulse für eine Erholung, bleibt Österreich weiter Schlusslicht – mit der Folge, dass die künftigen Budgets nicht mehr zu halten sind. Damit droht eine Negativspirale. Ein Beispiel zeigt es deutlich: Ein Prozent zusätzliches BIP-Wachstum bringt dem Staat jährlich

rund 2,4 Milliarden Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen. Demgegenüber würde eine Vermögensteuer nach SPÖ-Modell mit Eigenheimbefreiung laut Berechnungen langfristig maximal zwei Milliarden Euro jährlich einbringen. Das gilt aber nur im optimistischen Szenario ohne Verlagerungs- und Vermeidungseffekte.

Wachstum ist also der Schlüssel – und er wird nur über den Export kommen. Dafür braucht es wieder volle Wettbewerbsfähigkeit. Dazu gehört auch, dass wir bei den Kollektivvertragsabschlüssen realistisch bleiben – in den kommenden drei Jahren braucht es Abschlüsse unter der Inflation. Nur so können die Betriebe ihre Lohnkosten in den Griff bekommen und ihre Wettbewerbsfähigkeit wieder aufbauen. Die Kaufkraft ist wichtig, aber für die Industrie und damit für ganz Österreich zählt vor allem die internationale Stärke. Denn nur, wenn unsere Unternehmen auf den Weltmärkten erfolgreich sind, sichert das Arbeitsplätze und Wohlstand – davon hängt letztlich die wirtschaftliche und soziale Stärke unseres Landes ab. Denn eines muss uns allen klar sein: keine Industrie, keine Zukunft.

Kari Ochsner,
Präsident der IV-Niederösterreich

Start der neuen Kampagne „Zukunft braucht Industrie – Damit AUT nicht OUT wird“

Die IV-NÖ warnt vor halberzigen Reformen und setzt auf klare Botschaften – mit 2.500 Plakaten, einer Social-Media-Kampagne und KI-Bildsprache.

Mit klaren Worten warnt die Industriellenvereinigung Niederösterreich vor einem endgültigen Rückschritt für den Wirtschaftsstandort. „Österreich braucht endlich die großen Reformen, die seit Jahren am Tisch liegen: eine Pensionsreform, die Senkung der Lohnstückkosten und den Abbau von Bürokratie. Der Staat muss seine Ausgaben in den Griff bekommen, um Spielraum für konjunkturelle Impulse zu schaffen. Es reicht jetzt nicht mehr, nur an Details herumzuschrauben oder zu versuchen, Themen auszusitzen. Jetzt müssen die wirklichen zentralen Maßnahmen angegangen werden. Keine Industrie, keine Zukunft“, warnt IV-NÖ-Präsident Kari Ochsner.

Genau an diesem Punkt setzt die IV-NÖ mit der Fortsetzung ihrer Kampagne „Damit AUT nicht OUT wird“ an. Die neuen Sujets setzen auf starke Botschaften wie „Geht die Industrie. Geht auch

Dein Job.“, „Und wer kämpft eigentlich für unseren Standort?“ oder „Arbeiten im Alter? Gerne, wenn es sich lohnt.“ Damit soll die Rolle der Industrie für Arbeitsplätze, Wohlstand, Innovation und Klimaschutz sichtbar gemacht werden. Der Leitsatz „Unsere Industrie. Das andere Wort für Lebensqualität.“ fasst diese

Botschaft zusammen: Industriepolitik betrifft nicht nur Zahlen, sondern direkt das Leben der Menschen in Österreich.

Moderne Bildsprache mit KI

Entwickelt wurde die Kampagne erneut mit der Linzer Agentur identity werbedesign. Auffällig ist die bewusst gewählte

Bildsprache: Die Sujets wurden mit künstlicher Intelligenz gestaltet. Damit schafft die IV-NÖ eine eigenständige, moderne Ästhetik, die vor allem in sozialen Medien auffällt – und zugleich ein Signal setzt, dass Zukunftstechnologien in der Industrie ihren Platz haben.

2.500 Plakate für Mitgliedsbetriebe

Die Kampagne wird schwerpunktmäßig online ausgespielt, aber auch in Printmedien publiziert. Zusätzlich wurden 2.500 Plakate gedruckt und an die Mitgliedsbetriebe der IV-NÖ versendet.

„Wir freuen uns, die erfolgreiche Social-Media-Kampagne fortzusetzen. Die neuen Sujets zeigen heuer noch deutlicher, was auf dem Spiel steht. Wir laden unsere Mitglieder ein, die Kampagne in ihren eigenen Netzwerken zu verbreiten, die Plakate in ihren Betrieben gut sichtbar aufzuhängen und so ein starkes gemeinsames Zeichen zu setzen“, erklärt IV-NÖ-Geschäftsführerin Michaela Roither.



IV-NÖ-Geschäftsführerin Michaela Roither und IV-NÖ-Präsident Kari Ochsner präsentieren die neuen Sujets.

„Wo Reformstau herrscht, ist Tempo gefragt“

Michael Höllerer, Generaldirektor Raiffeisen NÖ-Wien, über Wettbewerbsdruck, Innovationskraft – und die Frage, wie Österreich wieder attraktiver wird.

Das WIFO sprach zuletzt von einer anhaltenden Wachstumsschwäche der österreichischen Wirtschaft. Deckt sich das mit Ihren Beobachtungen?

Die Zahlen sprechen für sich: Es rumpelt, doch die Lage ist nicht hoffnungslos. Neben geopolitischen Herausforderungen sind es vor allem hausgemachte Probleme, die endlich gelöst werden müssen. Dafür braucht es bessere Rahmenbedingungen und vor allem den Abbau der überbordenden Bürokratie; Leistung muss wieder zählen. Wo Reformstau herrscht, ist Tempo gefragt: Seit Jahren wird über Bürokratieabbau geredet – jetzt ist es höchste Zeit, zu handeln und Österreich wieder attraktiver zu machen. Der Befund liegt am Tisch, die Defizite sind bekannt. Jetzt braucht es Lösungen, um den Standort zu stärken und jene zu entlasten, die ihn finanzieren: die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Wie entwickelt sich aktuell die Kreditnachfrage – sowohl von Unternehmen als auch im Privatbereich, nach dem Auslaufen der KIM-Verordnung?

Das Positive ist, dass sich bei den jungen Haushalten mit gutem Einkommen, aber geringen Eigenmitteln was getan hat. Das Interesse an Immo-Käufen ist dadurch gestiegen, potenzielle Käuferinnen und Käufer sind wieder stärker ermutigt, sich um eine Finanzierung zu bemühen. Im KMU-Segment verzeichnen wir aktuell ein Wachstum bei den Investitionskrediten und auch bei den Wohnbaukrediten an Bauträger.

Wenn Sie auf die Industrie blicken: Wo sehen Sie derzeit die größten Herausforderungen – wo dennoch Chancen?

Österreich ist dank seiner starken Industrie ein Top-Exportland. Die geopolitischen Verwerfungen und Unsicherheiten belasten die Industrie aber enorm. Doch das ist nur die eine Seite. Die andere sind unsere Hausaufgaben im Inland: strukturelle Probleme, die endlich ernsthaft angepackt werden müssen. Dazu gehören Technologie- und Digitalisierungsoffensiven. Gleichzeitig nehmen es viele Industrieunternehmen selbst in die Hand, die Weichen auf Erfolg zu stellen: mit neuen Märkten und



Handelspartnern, diversifizierten Geschäftsfeldern sowie Mut und Optimismus für Veränderungen, Innovationen und neue Wege.

Was muss passieren, damit Österreich langfristig im internationalen Wettbewerb bestehen kann?

Österreich zählt zu den teuersten Produktionsstandorten Europas. Das hat klare Folgen für unsere Wettbewerbsfähigkeit. Ohne diese gibt es aber keinen Fortschritt und keine Absicherung unserer sozialen Netze. Darum brauchen wir Reformen und den Abbau der überbordenden Bürokratie. Gold-Plating, also zusätzliche Auflagen über die ohnehin hohen EU-Standards hinaus, kann sich Österreich schlicht nicht mehr leisten. Gefragt ist Bürokratie mit Augenmaß, verbunden mit Maßnahmen zur Stärkung des Standorts in Innovation und Unternehmertum. Deregulierung bedeutet auch, die Wirtschaft arbeiten zu lassen. Ganz oben auf der Agenda müssen außerdem das Vortreiben der Digitalisierung und die Stärkung des Kapitalmarkts stehen.

Wie läuft das Jahr 2025 bisher für Raiffeisen NÖ-Wien – und was sind heuer die wichtigsten Schwerpunkte im Bankgeschäft?

Gerade was das operative Geschäft betrifft, bin ich mit dem heurigen Geschäftsverlauf bisher zufrieden. Wir sind stabil und resilient aufgestellt. Was die Schwerpunkte anbelangt, da hat sich unser Umfeld in den letzten Jahren stark verändert, da ist viel Veränderung passiert. Die Bedürfnisse und Ansprüche der Kundinnen und Kunden sind schon allein wegen der Online-Banken mehr und anspruchsvoller geworden. Es geht uns immer um Lösungen, mit denen die Kundenbedürfnisse optimal abgeholt werden. Seien es der private Mittelstand, der unternehmerische Mittelstand mit den KMUs oder unsere Kommerzkunden: Unser Schwerpunkt lautet, die bestmögliche individuelle Lösung zu erarbeiten. Dann kommen noch die Innovationen auf Produktebene dazu, beispielsweise unsere Kooperation mit Bitpanda oder die Entwicklung der

ZUM UNTERNEHMEN

Die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien ist eine der größten privaten Beteiligungsholdings in Österreich und agiert aktiv, innovativ und mit strategischer Vorwärtsorientierung. Ihr Fokus liegt auf Beteiligungen in den Geschäftsfeldern Bank, Nahrungs- und Genussmittel, Medien und Infrastruktur sowie auf neuen Investitionen in Gesundheit, Energie und Unternehmertum und regionale Verantwortung. Die Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien (RLB NÖ-Wien) ist eine moderne Regional- und Universalbank im Osten Österreichs und das Spitzeninstitut der niederösterreichischen Raiffeisenbanken. Während sich die RLB NÖ-Wien als „Raiffeisen Wien. Meine Stadtbank“ vor allem auf die Bundeshauptstadt konzentriert, sind die 42 lokal tätigen selbstständigen Raiffeisenbanken die führende Bankengruppe in Niederösterreich.

Raiffeisen-JUNIOR-App, mit denen wir auf die veränderten Bedürfnisse unserer Kundschaft eingehen und die auch gut angenommen werden. Diesen Innovationsweg als Nummer eins in der Ostregion werden wir konsequent weitergehen.

Die RLB NÖ-Wien verfolgt eine klare Vorwärtsstrategie. Was ist das übergeordnete Ziel dabei?

Es geht darum, aktiv zu sein und etwas weiterzubringen. Die Vorwärtsstrategie betrifft die Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien gleichermaßen wie die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien. In der RLB geht es um die absolute Kundenzentrierung in jeder Entscheidung, also den Anspruch, immer die beste Lösung für Kundinnen und Kunden zu entwickeln. Die R-Holding ist eine der größten privaten Beteiligungsholdings in Österreich und da passiert auch sehr viel im Innovationsbereich, im Beyond Banking – und beim Anspruch an uns selbst, mehr zu sein als eine Bank. Was ich damit meine, das sind unkomplizierte, niederschwellige und verständliche Lösungen für die Menschen, und zwar über das Bankgeschäft hinaus. Energie und Gesundheit sind zwei Themen, die bei uns oben stehen und wo wir mit starken Partnern gut unterwegs sind.

Was bedeutet Führung für Sie persönlich?

Der Anspruch an mich selbst und an meine Führungskräfte ist einfach: Vorangehen und vorleben, was man von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einfordert, sowohl was das Verhalten als auch die Performance anbelangt. Führung hat für mich auch sehr stark damit zu tun, strategische und andere heikle Entscheidungen zu treffen und auch die Verantwortung dafür zu übernehmen. Wenn Fehler passieren, müssen eben Lösungen entwickelt werden. Ich bin jedenfalls ein Freund davon, wenn wir als Führungskräfte mutig, schnell, agil und flexibel in der Aktion sind.

